

Wie autonom ist die Uni?

Danièle Weber

Ab dieser Woche verhandelt die Universität ihren zweiten Vierjahresplan mit der Regierung. Diese wünscht sich eine „flexible“ Uni. Sechs Jahre nach ihrer Gründung steht es weder um ihre Autonomie noch um die uni-interne Demokratie zum Besten.

„Flexibilität ist wichtig“, sagte Hochschulminister François Biltgen, als er mitten in den Allerheiligen-Ferien der Öffentlichkeit die Schwerpunkte seiner Forschungspolitik vorstellte (siehe woxx 1031). „Wenn die Universität ihren Vierjahresplan aufstellt, hätten wir gerne, dass sie sich den kommenden Überlegungen nicht verschließt.“ Eine Woche später sitzt der Hochschulminister nun in den Verhandlungen mit der Universität über diesen Plan. Dieser legt fest, wo die sechs Jahre alte Institution in den kommenden vier Jahren hinsteuern soll und ist zudem die Basis für den „Contrat d'établissement“, in dem das finanzielle Engagement der Regierung gegenüber der Universität definiert wird. Dass Biltgen seine eigene Roadmap nur wenige Tage vor Verhandlungsbeginn präsentierte, könnte durchaus damit zu tun haben, dass er der Hochschule noch rechtzeitig das eine oder andere mit auf den Weg geben wollte.

Etwa eine genauere Beschreibung jener Bereiche, in denen die Uni den Vorstellungen der Regierung nach flexibel sein sollte. Biltgen nennt das Beispiel Biotechnologie: Im Dezember 2007 sei er zusammen mit dem Wirtschaftsminister in den USA gewesen,

danach habe man den „ganzen Komplex Biotechnologie“ nach Luxemburg gebracht und der Universität über die Initiative berichtet. „Das heißt nicht, dass die Uni ihre Programme zurechtstutzen muss“, erklärt der Hochschulminister. Es handle sich viel mehr um eine neue Option, in die die Regierung entsprechend Geld investieren wolle. Mit einer staatlichen Investition von 140 Millionen Euro soll das Paket Biotechnologie nun in den nächsten fünf Jahren auf den akademischen Weg gebracht werden.

„Es ist gut, dass die Regierung eine solche Initiative nimmt“, kommentiert der Rektor der Universität, Rolf Tarrach, den Beschluss. „In Biotechnologie und Biomedizin gibt es sehr interessante Forschungsgebiete.“ Der Frage, inwieweit die Uni bei der Erstellung ihres Vierjahresplans die Vorstellungen der Regierung mit einbezogen hat, weicht der Rektor aus. „Wir haben zunächst einmal untersucht, welche Forschungsbereiche erfolgreich waren“, so seine Auskunft.

140 Millionen sind eine beachtliche Summe, vor allem, wenn man sie mit dem Gesamt-Budget der Uni vergleicht: Im Jahr 2009 stehen ihr 72 Millionen Euro zur Verfügung. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Uni in einem solchen Fall Nein sagt“, erklärt Vizerektor Lucien Kerger. „Wir sollten dankbar sein für das Geld und wir können die Interessen der Luxemburger Wirtschaft nicht ignorieren.“ Die Universität bemühe sich vor allem, eine kohärente Forschungspolitik zu betreiben.

Ist die Universität denn autonom? Lucien Kerger sieht das pragmatisch: „Dem Volksmund nach hat derjenige, der das Geld hat auch das Sagen“, sagt er lachend und verweist auf den größten Geldgeber der Uni: der Staat, der die Institution zu 85 Prozent finanziert.

Top-Down Modell

Dem Gesetz nach ist es nicht der Staat, sondern ein externes Gremium, welches die Uni kontrolliert: Der Conseil de gouvernance hat zudem die Aufgabe, die strategische Ausrichtung der Universität zu definieren. Vier der sieben Mitglieder müssen akademische Erfahrungen mitbringen, sie dürfen jedoch keinerlei Funktionen an der Uni haben. Dass diese sieben Personen von der Regierung ernannt werden, ist für den Rektor eine „Einschränkung der Unabhängigkeit der Uni“. Die Rolle des Conseil de gouvernance wird uni-intern oft als zu gewichtig kritisiert. Er mische sich zu viel in die Alltagsgeschäfte ein und die Meinung der akademischen Gemeinschaft habe zu wenig Gewicht in der Entscheidungsfindung, so die Kritik.

„Wir sind dabei die Kommunikations-Strukturen mit der Universität zu verbessern“, sagt der Präsident des Conseil de gouvernance, Raymond Kirsch. „Ob das gelingt oder nicht, hängt natürlich vom guten Willen aller Beteiligten ab“, so der ehemalige Sparkassendirektor. Seit einigen Wochen werden die Beschlüsse des Conseil einem auserwählten Kreis von

Uni-Mitarbeitern vorgestellt. Ein Mitspracherecht haben diese deswegen jedoch nicht. „Dieses Debriefing dient der Sicherstellung, dass die Informationen auf allen Stufen ankommen“, so Raymond Kirsch.

Dass an der Uni eine gewisse Unzufriedenheit über die Rolle des Conseil herrscht, versteht der Präsident des Gremiums. Diese Rolle sei allerdings so im Gesetz festgelegt. Der Conseil solle in Zukunft von einer Reihe von kleineren Aufgaben befreit werden, so lautete im Frühjahr die Empfehlung eines externen Expertenteams, das einen Evaluationsbericht über die Uni vorlegte. „Es ist durchaus denkbar, dass verschiedene Aufgaben abgegeben oder anders organisiert werden“, sagt Kirsch dazu. Es sei jedoch noch zu früh, Einzelheiten darüber bekannt zu geben.

Auch der Regierungsvertreter im Conseil de gouvernance, Germain Dondelinger, hat Verständnis dafür, dass es Professoren gibt, die unzufrieden darüber sind, wie viel sie mitreden dürfen. Seine Aufgabe sei, im Conseil darauf zu achten, dass das Gesetz eingehalten wird, so der Regierungskommissar am Hochschulministerium. Seine Rolle in dem Kontrollorgan wird zuweilen als „sehr einflussreich“ beschrieben. „Der Regierungsvertreter hat viel Gewicht“, sagt dazu Rektor Tarrach. „Und es wäre normal, wenn es so langsam abnehmen würde. Ob das passiert, hängt allerdings vom Conseil selbst ab.“ Auch eine Gesetzesänderung scheint für den Rektor vorstellbar zu sein. Dass alle sieben Mitglieder uni-

extern sind, sei „besonders“ an dem Luxemburger Modell. „Ich glaube, irgendwann wird sich das ändern und dann wird die Uni in diesem Gremium mehr zu sagen haben“, so der Rektor.

Weniger Humanwissenschaften?

Über den Vierjahresplan selbst ist indessen noch nicht allzu viel bekannt. Die Zahl der Schwerpunkte wurde von sieben auf fünf reduziert. Weiterhin dabei sind die Bereiche Jura, Finanzen, sowie die Ausbildung der Lehrer. Dass die „études luxembourgeoises“ nunmehr nicht mehr als Priorität aufgezählt werden, sorgte bei den Vorbereitungsgesprächen an der Uni für Kritik. Humanwissenschaften, so die Angst, könnten in Zukunft eine untergeordnete Rolle spielen. Auch die Art und Weise, wie dieser zweite Vierjahresplan aufgestellt wurde, stieß uni-intern auf Kritik: Das Rektorat habe die Uni-Mitarbeiter nicht

genügend mit einbezogen und die uni-interne Kommunikation sei zu wenig darin thematisiert.

Dieses Top-Down-Modell war ebenfalls von den externen Experten kritisiert worden. In der Anfangsphase habe es zweifellos gute Resultate gebracht und den raschen Aufbau der Uni gefördert. Nun sei es jedoch an der Zeit, dass die Uni ihre „culture de direction“ überdenkt, heißt es im Bericht. „In den vergangenen zwei Jahren haben wir vieles unternommen“, sagt der Rektor dazu und verweist auf regelmäßige Treffen zwischen Rektorat und den verschiedenen Gremien an der Universität. Gremien, die sich bislang in der Öffentlichkeit kaum zu Wort melden. Auf die Frage, ob er diese Angst verstehen könne, antwortet der Rektor mit einem klaren Nein: „Ich kann Kritik gut vertragen und meine Tür ist immer für jeden offen.“